

## **Vortrag an den Ministerrat**

### **EU; Tagung des Rates für Auswärtige Angelegenheiten am 21. Juni 2021; Bericht**

Am 21. Juni 2021 fand in Luxemburg eine Tagung des Rates für Auswärtige Angelegenheiten (RAB) statt. Die Tagesordnung umfasste die Punkte Laufende Angelegenheiten, Belarus, Irak und Lateinamerika.

Unter dem Tagesordnungspunkt Laufende Angelegenheiten wurden vom Hohen Vertreter und Vizepräsidenten der Europäischen Kommission (HV/VP), Josep Borrell, Hongkong, Libanon, der Belgrad-Pristina-Dialog, Iran/JCPOA, die Türkei, der Nahostfriedensprozess, Mali/Sahel, Äthiopien, die EU-Russland-Beziehungen sowie Jemen angesprochen.

In der Diskussion zu Belarus habe ich betont, dass Österreich in der Vergangenheit die Sanktionen unterstützt hat und auch weiter unterstützt, wenn rote Linien überschritten werden. Die EU müsse Belarus klare Maßstäbe vorgeben und kommunizieren, was sie hinsichtlich einer Änderung des belarussischen Verhaltens erwartet. Gleichzeitig habe ich unterstrichen, dass Sanktionen nicht der einzige Pfeil in unserem Köcher sein können. Die EU müsse weiterhin für einen demokratischen Wandel im Land eintreten, inklusive der Abhaltung freier und fairer Wahlen. Darüber hinaus habe ich die Wichtigkeit der Unterstützung für die Zivilgesellschaft bekräftigt. Die EU müsse hier klug vorgehen und dürfe nicht alle Kommunikationskanäle mit Belarus schließen.

Zum Tagesordnungspunkt Irak verwies HV/VP Josep Borrell auf die für Oktober geplanten Parlamentswahlen, zu denen auch eine EU-Wahlbeobachtungsmission entsendet werde. Der Irak müsse bei wirtschaftlichen und politischen Reformen, der Sicherheitssektorreform sowie der Terrorismusbekämpfung unterstützt werden. HV/VP Josep Borrell bestätigte, ehestmöglich in den Irak reisen zu wollen. Die EU-Mitgliedsstaaten betonten die Bedeutung einer umfassenden EU-Unterstützung für den Irak und befürworteten die Entsendung einer Wahlbeobachtungsmission.

Zu Lateinamerika betonte HV/VP Josep Borrell die strategische Partnerschaft der EU mit der Region, die schwer von COVID-19, steigender Gewalt und sozioökonomischen Schwierigkeiten betroffen sei. Russland, China und der Iran sowie rezenter auch die Türkei würden in der Region laufend aktiver. Die EU-Mitgliedstaaten stimmten HV/VP Josep Borrell in seiner Analyse zu. Insbesondere wurde die Notwendigkeit einer angemessenen EU-Unterstützung bei der Impfstoffversorgung sowie bei der Schaffung entsprechender Produktionskapazitäten in der Region hervorgehoben.

Unter Sonstiges informierte HV/VP Josep Borrell, dass er die Außenminister von Österreich, Litauen und Rumänien mit einer Reise nach Aserbaidschan, Armenien und Georgien am 25. und 26. Juni beauftragt habe.

Der Rat nahm Schlussfolgerungen zum Konzept der EU für das Kulturerbe in Konflikten und Krisen an.

Zusätzlich wurden [u.a.] vom Rat angenommen:

- Beschluss des Rates zur Ernennung des Sonderbeauftragten der Europäischen Union für Zentralasien
- Beschluss des Rates über restriktive Maßnahmen als Reaktion auf die rechtswidrige Eingliederung der Krim und Sewastopols durch Annexion
- Durchführungsbeschluss und Durchführungsverordnung des Rates über restriktive Maßnahmen angesichts der Lage in Belarus
- EU-Jahresbericht über Menschenrechte und Demokratie in der Welt im Jahr 2020

Ich stelle daher den

**Antrag,**

die Bundesregierung wolle diesen Bericht zur Kenntnis nehmen.

24. September 2021

Mag. Alexander Schallenberg, LL.M.  
Bundesminister